VA'e Dinstühler ging erläuternd auf die Vorlage der Verwaltung ein; dabei wies sie insbesondere auf Synergieeffekte hin, die durch einen Austausch zwischen den bundesweit eingerichteten Bildungskoordinatoren ermöglicht würden. Zum Auf- und Ausbau von Bildungsnetzwerken in den Kommunen sei in Zusammenarbeit mit dem Regionalen Bildungsbüro ein gemeinsames Konzept erstellt worden, welches auch mit dem Schulamt des Rhein-Sieg-Kreises abgestimmt worden sei.

SkB Ellenberger bat um Erklärung, welcher Zusammenhang zwischen den vom KI angebotenen Bildungsangeboten und dem in der Verwaltungsvorlage formulierten Ziel des Projektes bestehe. Daraufhin stellte VA'e Dinstühler klar, dass das KI keine eigenen Bildungsangebote vorhalte, sondern bestrebt sei, einen detaillierten Überblick über alle im Rhein-Sieg-Kreis vorhandenen Angebote zu verschaffen und eine Vernetzung der einzelnen Maßnahmenträger herzustellen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigten, dass hieran ein großer Bedarf bestehe.

SkB Ellenberger äußerte die Befürchtung, Fördermittel könnten von den einzelnen Maßnahmenträgern nicht zweckentsprechend verwendet werden. Er erinnerte daran, dass es neben den Flüchtlingen auch andere Bedürftige im Rhein-Sieg-Kreis gebe, die der Unterstützung des Kreises bedürften. Er sehe den sozialen Frieden gefährdet, wenn Unterschiede zwischen Flüchtlingen und Deutschen gemacht würden.

SkB Neuber entgegnete, nach seiner Erfahrung würden Flüchtlingen Deutschen gegenüber nicht bevorzugt. Das Grundgesetz stelle zudem auf die Unantastbarkeit der Würde des Menschen ab unabhängig vom (ausländerrechtlichen) Status.